A10 Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt),
Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

Status: Modifiziert

1 Unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen kommt aktuell in dreifacher Hinsicht
2 eine Schlüsselrolle zu. Sie sichern die kommunale Daseinsvorsorge ihrer
3 Bürger*innen vor Ort, bewältigen die gesundheitlichen Herausforderungen der
4 Corona-Pandemie und sorgen mit ihren Investitionen in Nachhaltigkeit und
5 Klimaschutz dafür, dass wir zwei Krisen zusammen denken und lösen können: die
6 Corona-bedingte Konjunkturkrise und die fortschreitende Klimakrise.

7 Mit Schulgebäuden, Kitas und der Abfallentsorgung stellen unsere Kommunen die
8 elementare Infrastruktur. Mit Bussen und Bahnen sorgen sie für die Mobilität
9 ihrer Bürger*innen. Mit ihren vielfältigen freiwilligen Aufgaben vor allem im
10 Bereich von Sport und Kultur tragen sie entscheidend zur Lebensqualität vor Ort
11 bei. In der Corona-Krise haben Städte, Gemeinden und Landkreise mit ihren
12 Krankenhäusern und Gesundheitsämtern einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet,
13 die Pandemie in den Griff zu bekommen. Auch in der Phase der schrittweisen
14 Lockerungen und eines abklingenden Infektionsgeschehens ist die lokale Ebene von
15 entscheidender Bedeutung.. Denn durch ihre Investitionen in Klimaschutz und
16 Nachhaltigkeit können die Kommunen als größter öffentlicher
17 Investitionsträger einen wichtigen Beitrag zur schnellen konjunkturellen Belebung
18 leisten. Mit ihren vielfältigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten von der
19 Organisation des öffentlichen Nahverkehrs bis zur Stadtentwicklung sitzt die
20 kommunale Hand an wichtigen Hebeln zur Bewältigung der Klimakrise. Ihre Nähe zu
21 den Bürger*innen und ihre guten Kenntnisse der lokalen Begebenheiten sind dabei
22 von großem Vorteil.

23 Obwohl die lokale Ebene eine wesentliche Rolle spielt, haben Bundesregierung und
24 bayerische Staatsregierung die Städte, Gemeinden und Landkreise viel zu lange im
25 Unklaren darüber gelassen, ob und in welcher Form es überhaupt Hilfen geben
26 soll. Die Kommunen brauchen aber Planungssicherheit. Denn um ihre drei
27 Kernaufgaben – Daseinsvorsorge, Gesundheitsschutz und Klimaschutz – kraftvoll
28 schultern zu können, ist die kommunale Ebene krisenbedingt auf die Unterstützung
29 von Bund und Land angewiesen. Deswegen müssen die Hilfen nun schnell beschlossen
30 werden. Wir müssen die Kommunen gemeinsam in der Krise und nach der Krise
31 finanziell auf sichere Beine stellen.

32 **Corona-bedingte Einnahmeausfälle und Mindereinnahmen kompensieren**

33 Die Corona-Pandemie und der daraus folgende Lockdown haben unsere Städte,
34 Gemeinden und Landkreise besonders hart getroffen und vor enorme
35 Herausforderungen gestellt. Die Folgen des Lockdowns machen sich nicht nur in
36 den wenigen verschuldeten und finanzschwachen bayerischen Kommunen bemerkbar,
37 die bereits vor der Krise unter Haushaltssicherung standen oder unter einem
38 hohen Investitionsstau litten. Auch in den Haushalten der finanzstarken
39 bayerischen Kommunen sind die Folgen des Lockdown deutlich spürbar. Vielfach
40 bleiben die Fixkosten bestehen, während die Einnahmen sinken und die Ausgaben
41 steigen. So muss die lokale Ebene auch weiterhin für den Betrieb von Kitas,
42 Museen, Theatern, Bibliotheken oder des ÖPNV aufkommen. Gleichzeitig ist sie
43 aber mit wegfallenden oder zumindest sinkenden Steuereinnahmen, Gebühren und
44 Eintrittsgeldern konfrontiert – auch in Zeiten der schrittweisen Lockerungen.
45 Kitas, Kultur- und Sporteinrichtungen, aber auch Hotels und Gaststätten waren
46 wochenlang geschlossen. Gleichzeitig müssen die Kommunen auch in der Krise ihre
47 Leistungen – häufig mit reduziertem Personal – aufrechterhalten: von der
48 Jugendhilfe über die Sozialämter bis hin zu den Standesämtern. Sie müssen
49 Rechnungen begleichen und Bauanträge bearbeiten. Auch der ÖPNV hat ein
50 reduziertes Angebot beibehalten, aber Ticketkontrollen ausgesetzt.

51 Vor allem die steuerlichen Einnahmeausfälle treffen Städte, Gemeinden und
52 Landkreise hart: Viele Betriebe mussten ihre Produktion zeitweise einstellen
53 oder reduzieren. Auch in absehbarer Zeit wird die Produktion nicht wieder das
54 Vorkrisenniveau erreichen. Darüber hinaus führen steuerliche Erleichterungen für
55 Unternehmen zu Einbußen bei den Kommunen. In der Folge bricht die Gewerbesteuer
56 als wichtigste Einnahmequelle der kommunalen Hand gerade dramatisch ein und wird
57 sich aller Voraussicht nach auch in den Folgejahren nur langsam erholen. Die
58 jüngste Steuerschätzung von Mai geht deutschlandweit allein in diesem Jahr von
59 einem Rückgang bei der Gewerbesteuer gegenüber 2019 um mehr als 13,7 Mrd. Euro
60 aus. Nach dieser Prognose wird die Gewerbesteuer erst 2024 wieder das Niveau von
61 2019 erreichen. Gerade auch in Bayern ist die Gewerbesteuer drastisch
62 eingebrochen. Hart getroffen hat das vor allem die stark touristischen
63 bayerischen Regionen. Auch die Einnahmen aus den kommunalen Einkommen- und
64 Umsatzsteueranteilen werden zurückgehen. Für uns Grüne ist klar, dass Bund und
65 Land gemeinsam die Gewerbesteuerausfälle für dieses Jahr komplett übernehmen
66 müssen. Auf Basis der außerplanmäßigen Steuerschätzung im September ist außerdem
67 zu prüfen, ob Bund und Länder die Kommunen auch in den Folgejahren für die
68 Corona-bedingten Gewerbesteuer-Mindereinnahmen kompensieren sollten.

69 Neben diesen Einnahmerückgängen steigen gleichzeitig die kommunalen Ausgaben für
70 krisenbedingte Sofortmaßnahmen. Die Landkreise mussten ihre Gesundheitsämter
71 personell aufstocken und zusätzlich ausstatten, die kommunalen Krankenhäuser
72 mussten sich auf die neue Situation einstellen. Auch die Kosten der Unterkunft
73 und Heizung nach SGB II (KdU) nehmen in der Krise deutlich zu und werden aller
74 Voraussicht nach auch in den nächsten Monaten weiter steigen, weil der Zugang

75 zur Grundsicherung für Selbstständige erleichtert wurde. Dass der Bund die
76 Kommunen jetzt im Zuge des Konjunkturpakets bei den sozialen Kosten dauerhaft
77 stärker entlasten will, unterstützen wir Grüne ausdrücklich. Der Bund greift
78 damit eine langjährige Forderung von uns Grünen auf. Es ist richtig, dass der
79 Bund seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft dauerhaft auf 75 Prozent
80 erhöhen und dadurch finanzschwache Kommunen aber auch Landkreise und kreisfreie
81 Städte mit einem hohen Mietenniveau entlasten will. Wir Grüne im Bund und in
82 Bayern unterstützen daher die dafür notwendige Grundgesetzänderung für die
83 Anhebung der Grenze zur Bundesauftragsverwaltung auf 75 Prozent.

84 Auch kommunale Unternehmen in besonders vom Lockdown betroffenen
85 Wirtschaftsbereichen wie Messen, Veranstaltungszentren und Kultureinrichtungen,
86 aber auch Verkehrsbetriebe, Bäder und Museen sind durch Einnahmeausfälle bei
87 fortlaufenden Kosten zum Teil in ihrer Existenz bedroht. Dabei stellen sie den
88 Bürger*innen elementare Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung. Deswegen
89 müssen sie uneingeschränkten Zugang zu den bereits beschlossenen Hilfs- und
90 Kreditprogrammen bekommen. Eine Benachteiligung gegenüber privaten Unternehmen
91 ist nicht nachvollziehbar. Kommunale Unternehmen sind gerade auch in der Krise
92 unverzichtbar für das Leben vor Ort.

93 **Kommunen als größten Investitionsträger stärken und kommunalen Klimaschutz** 94 **unterstützen**

95 Die Kommunen spielen aber nicht nur für die Lebensqualität vor Ort und das
96 Krisenmanagement eine entscheidende Rolle. Auch bei dem Weg aus dem Lockdown und
97 der daraus folgenden wirtschaftlichen Krise kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu.
98 Als größter öffentlicher Investitionsträger können die Städte, Gemeinden und
99 Landkreise entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen, etwa indem
100 sie die Baubranche und das lokale Handwerk mit Aufträgen versorgen. Viele
101 Kommunen haben bereits Pläne für wichtige Zukunftsinvestitionen erarbeitet,
102 beispielsweise für die Sanierung von Schulen und Kitas, aber auch für Projekte
103 des kommunalen Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung vor Ort, die
104 schnell umgesetzt werden könnten. Mit schnellen und zielgerichteten Hilfen für
105 die bayerischen Städte, Gemeinden und Kreise durch Bund und Land muss die
106 finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen erhalten und die Grundversorgung
107 der Menschen vor Ort gesichert werden. Wir müssen sicherstellen, dass die
108 Kommunen auch nach der Krise ausreichend finanzielle Mittel haben, um als
109 größter öffentlicher Investor tätig zu werden.

110 Um die öffentliche Investitionstätigkeit anzukurbeln, müssen einerseits die
111 kommunalen Förderprogramme hinsichtlich der Programmlaufzeiten, der
112 Beantragungsfristen und der Kofinanzierungspflichten unbürokratisch angepasst
113 werden. Denn in der andauernden Krisensituation wird die lokale Ebene auch
114 weiterhin Probleme haben, entsprechende Fristen einzuhalten und ihren
115 Eigenanteil aufzubringen. Gerade jetzt brauchen wir gezielte kommunale
116

117 Investitionsprogramme für Klimaschutz, Klimaanpassung, nachhaltige Entwicklung
118 und eine nachhaltige Infrastruktur. Die Kommunen sitzen hier durch ihre
119 Zuständigkeiten in vielen klimarelevanten Bereichen an einem wichtigen Hebel.
120 Gleichzeitig fehlt ihnen aber oftmals das Personal um die zur Verfügung
121 stehenden Mittel entsprechend ihrer Bedarfe abzurufen. Deshalb braucht es jetzt
122 mehr denn je eine deutlich stärkere Unterstützung unsere bayerischen Städte,
123 Gemeinden und Landkreise bei der Umsetzung von Maßnahmen für Klimaschutz,
Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung.

124 Wir müssen jetzt Maßnahmen umsetzen, damit die Kommunen in der Krise
125 unterstützt, die Konjunktur angekurbelt und der richtige Pfad hin zu wirksamem
126 Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung eingeschlagen wird.

127 Damit Kommunen unterstützt, ihre Handlungsfähigkeit gesichert und nachhaltige
128 Investitionen in den Kommunen angeschoben werden können, fordern wir
129 insbesondere:

- 130 • Die vollständige Kompensation der Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle
131 für 2020 – hälftig finanziert durch Bund und Land. Auf Basis der
132 September-Steuerschätzung ist darüber hinaus zu überprüfen, in welchem
133 Umfang auch in den Folgejahren eine Gewerbesteuer-Kompensation durch Bund
134 und Länder erfolgen muss;
- 135 • die dauerhafte Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft
136 auf 75 Prozent;
- 137 • Öffnung der bereits beschlossenen Hilfsprogramme des Bundes für kommunale
138 Unternehmen;
- 139 • Verlängerung der Laufzeiten und Fristen aller kommunalen Förderprogramme;
- 140 • Verzicht auf die Kofinanzierungspflicht bei Förderprogrammen für einen
141 klar begrenzten Zeitraum;
- 142 • Erhöhung der Städtebauförderung;
- 143 • Einführung attraktiver Zuschüsse für kommunale Dekarbonisierungs-Pläne,
144 insbesondere kommunaler Wärmepläne;
- 145 • Passgenaue Finanzierung von kommunalen Planungs- und Umsetzungsaufträgen
146 in den Nachhaltigkeits-, Resilienz- und Klimaschutzbereichen;
- 147 • Förderung von vielfältigen regionalen Aus- und Weiterbildungsoptionen

148 sowie Umschulungsprogrammen in Berufen, die zur praktische Umsetzung und
149 Planung von Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige
150 Entwicklung beitragen.

Unterstützer*innen

Tina Winklmann (KV Schwandorf), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Johannes Becher (KV Freising), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Judith Bogner (KV Mühldorf), Leon Eckert (KV Freising), Jamila Schäfer (KV München), Oliver Haas (KV München)